

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Briefporto 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4500. — **Postkontonummer** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 4500

Insertionspreise: Die 7 gespaltene Kolonellszeile oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorrat 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Restame-Kolonellszeile 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Entscheidung über Oberschlesien dem Völkerbund übertragen

Noch eine schwere Geduldsprobe.

Das deutsche Volk und ganz besonders die Deutschen Oberschlesiens haben wieder einmal eine schwere Enttäuschung erlitten. Die fieberhaft erwartete Entscheidung über Oberschlesien ist im Obersten Rat zu Paris nicht gefallen. Die Erlösung aus der folternden Ungewissheit ist wiederum verschleppt worden und die Hoffnung, daß das gequälte Gebiet, das unter dem Terror der Nationalisten beider Nationen schwer leidet, endlich zur Ruhe kommen werde, wird noch nicht erfüllt. Den Deutschnationalen und Deutschvolksparteilern bleibt dank der Fürsorge der französischen Chauvinisten der billige Agitationsstoff gegen die Regierung Wirth erhalten. Die nationalistische Verhetzung kann auf beiden Seiten auf längere Sicht weiter betrieben werden. Die Arbeiter Oberschlesiens, die durch die Unsicherheit ihre wichtigsten sozialen Forderungen gefährdet sehen, müssen weiter auf die dringend notwendige Festlegung der sozialen und politischen Verhältnisse warten. Die Produktion wird auf Monate hinaus erneut gehemmt. Die offene Wunde am Leibe des Reiches, die auch eine Wunde am Leibe des Proletariats ist, wird sich auf längere Frist noch nicht schließen. Es ist eine schwere, bittere Geduldsprobe, die dem deutschen Volke, und nicht zuletzt dem deutschen Proletariat durch die Unfähigkeit der imperialistischen Regierungen der führenden Ententemächte, die obereschlesische Frage zu regeln, auferlegt wird. Aber es hilft nichts. Auch diese Qual muß noch überstanden werden. Es gibt in der jetzigen Weltlage keinen anderen zum Ziele führenden Weg, als den des entschlossenen Aushaltens mit zusammengebißenen Zähnen. Die einzige andre Möglichkeit, die noch aus dem Chaos führen könnte, wären direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen zum Zwecke einer Einigung, wie wir sie schon immer empfohlen haben. Aber nachdem es vor der Sitzung des Obersten Rates nicht dazu gekommen ist, erscheint dieser Weg jetzt bei der Stimmung der beiden beteiligten Regierungen kaum noch gangbar. So wird nichts anderes übrig bleiben, als den Spruch des Völkerbundes abzuwarten.

Mit aller Energie hat das Proletariat Deutschlands zu fordern, daß dieser Weg gegangen wird, daß die Fehler der untr Nationalisten, die an dieser Frage den deutsch-polnischen Krieg entfesseln möchten, der automatisch den Krieg gegen Frankreich und wohl auch gegen die Entente nach sich ziehen müßte, kräftig zurückgewiesen werden. Die deutschen Kriegsheter werden die Gelegenheit benutzen, um die verbotene Werbearbeit für den Oberschlesischen Selbstschutz auf neue mit Hochdruck aufzunehmen, mit dem wohlbekanntem Hintergedanken, auf diese Weise eine verlässliche Truppe gegen die Republik, das Werkzeug für einen neuen Rapp-Bußch zusammenzubringen. Der Reichsregierung erwächst die gebieterische Pflicht, diese Machenschaften kräftig zu durchkreuzen und auch bei der sehr verdächtigen preussischen Regierung und in Rahe-Bayern energisch darauf zu dringen, daß ihre Anordnungen gründlich befolgt werden. Daß sie dabei mit dem geheimen Widerstreben einer ganzen Anzahl von Beamten, von „verfassungstreuen Beamten“ zu kämpfen haben wird, darüber wird sie sich klar sein müssen. Wir sind gespannt, ob die Reichsregierung sich dieser Aufgabe gewachsen zeigen wird. Das Proletariat hat jedenfalls allen Anlaß, den Behörden scharf auf die Finger zu gucken und sich in dieser Angelegenheit nur auf seine eigene Wachsamkeit zu verlassen.

Die Verschiebung der Streitfrage vor den Völkerbundrat zeigt, daß die Entente eine äußerst schwere Belastungsprobe auszuhalten hat, daß ein Ausweg gesucht wird, um die Gegensätze etwas abzuschießen. Noch läßt sich nicht genau übersehen, ob die Bewerfung der Sache an eine neue Instanz nur ein Versuch Frankreichs ist, dem offenen Bekenntnis einer Niederlage auszuweichen, mit der es sich sachlich schon abgefunden hat. Die Möglichkeit liegt vor, daß Briand nichts weiter als eine Verdeckung seines Rückzuges durch den Beschluß zu erzielen strebt. Seine Erklärung, daß Frankreich sich dem Beschluß des Völkerbundes unterwerfen werde, weist in die Richtung dieser Deutung. Aber bei den verzwickten Sagen des Völkerbundes ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, ob ihm nicht doch noch eine Hintertür offen bleibt, durch die er sich allenfalls vor der Anerkennung eines ihm unannehmbar scheinenden Spruches drücken könnte. Die Sitzung des Bundes steht nämlich vor, daß seine Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen, um verpflchtende Geltung zu haben. Nur in bestimmten Angelegenheiten sind Mehrheitsbeschlüsse zulässig, so auch, wenn der Rat des Völkerbundes eine Streitfrage zugewiesen erhält. Wenn da keine Einigung des Rates zustande kommt, so kann ein Mehrheitsbeschuß ergehen; aber nur wenn ein

stimmiger Beschluß vorliegt, sind die streitenden Parteien dem Spruche unterworfen. Im andern Falle behalten sich „die Bundesmitglieder das Recht vor, die Schritte zu tun, die sie zur Wahrung von Recht und Gerechtigkeit für nötig erachten“. Nun spricht allerdings die Agence Havas davon, daß der Rat als Schiedsinstanz angerufen werde, also einen Schiedsspruch fällen solle. Ob diese Auslegung richtig ist, bleibt abzuwarten. In diesem Falle aber hätte die Erklärung Briands, daß er sich dem Spruche rückhaltlos unterwerfe, bindende Kraft.

Wie lange das Verfahren vor dem Völkerbundrat die brennende Frage noch verschleppen wird, läßt sich nicht voraussagen. Wenn die Staatsmänner der Entente gut beraten sind, so sorgen sie für möglichst Beschleunigung, denn der Wetterwindel in Oberschlesien bleibt gefährlich für die Entente wie für Deutschland. Ganz besonders natürlich für dieses. Das deutsche Proletariat wird sich bewußt sein müssen, daß es Gefahr sein muß auf neue schwere innere Verwicklungen, auf harte Kämpfe, die es nur in geschlossener Front siegreich bestehen kann.

Paris, 12. August. (WZ.) Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Vormittags-Sitzung folgende Resolution angenommen: Der Oberste Rat hat beschlossen, bevor er über die Grenzfestsetzung zwischen Deutschland und Polen auf Grund des Artikels 88 des Friedensvertrages entscheidet, die Sachverständigen, die bei der Festsetzung dieser Grenze entstanden sind, dem Völkerbundrat zu unterbreiten. Der Oberste Rat wünscht ein Gutachten über die Grenzlinie zu hören, deren Bestimmung den alliierten und assoziierten Großmächten obliegt. In Anbetracht der Lage in Oberschlesien wird der Völkerbundrat gebeten, dieses Verlangen als sehr dringend zu betrachten.

In der Frage der Beurteilung der Kriegsbeklagten hat der Oberste Rat alsdann beschlossen, die Justizbehörden der verschiedenen beteiligten Länder zu ersuchen, daß ihre Beamten, die den Verhandlungen vor dem Reichsgericht in Leipzig beigewohnt haben, Vorschläge über die einzunehmende Haltung machen.

Ueber den Verlauf der Sitzung am Freitag wird gemeldet: Paris, 12. August. (WZ.) Lloyd George erklärte zu Beginn der Sitzung, nachdem Briand als Vorsitzender den Vorschlag auf Ueberweisung an den Völkerbund eingebracht halte, die englische Regierung sei mit diesem Vorschlage einverstanden. Gestern abend hätten die englischen und die italienischen Sachverständigen anerkannt, daß hierin die beste Lösung liege, dem Streite ein Ende zu machen. Aber es handle sich nicht um eine Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich, die italienischen Sachverständigen und auch der japanische Delegierte seien derselben Ansicht wie die englischen Sachverständigen. Damit sei keine Kritik an der Haltung Frankreichs und seiner Sachverständigen ausgesprochen; es müsse aber mit Nachdruck betont werden, daß England, indem es sich der französischen Auffassung widersetze, nicht allein dastehende. Die Schwierigkeiten in der Frage an sich rührten nicht von der Frage selbst her, sondern von der Nervosität der öffentlichen Meinung. Der Oberste Rat habe sich der fröhlichen Auffassung genähert, nur Frankreich habe eine andre Ansicht. Deshalb sei es angebracht, daß die Frage vor ein andres Tribunal gebracht werde, um zu einer Lösung zu kommen. Der Beschluß, die Frage an den Völkerbundrat zu verweisen, sei nicht nur Sache eines, sondern der Gesamtheit der im Obersten Räte vereinigten Staaten.

Nach einer späteren Meldung führte Lloyd George weiter aus: England habe Zugeständnisse in der Hoffnung gemacht, eine Verständigung zu erzielen. Der Völkerbund dürfe sich nicht durch die bis jetzt gemachten Vorschläge gebunden fühlen; er müsse die Frage von neuem in ihrem ganzen Umfange untersuchen, ohne sich um die frühere Behandlungsart zu kümmern. Es sei Voraussetzung, daß die Mächte die vom Völkerbunde getroffene Entscheidung ohne Vorbehalt annehmen. Der Völkerbund werde gebeten, die Prüfung der Frage sofort aufzunehmen. Es werde ihm freistehen, ein beliebiges Verfahren zu wählen und er könne entweder einen internationalen Gerichtshof oder auch einen Ausschuß von Juristen von internationalem Rufe bilden. Die Mächte müßten auch der Lage in Oberschlesien selbst Rechnung tragen. Wenn es für angebracht gehalten werden sollte, Truppen ins Abgrenzungsgebiet zu schicken, so werde England sich an der Abwendung von Verstärkungen in demselben Bereich beteiligen wie die andern Mächte.

Hierauf erklärte Briand, Frankreich werde die Entscheidung des Völkerbundes ohne Vorbehalt annehmen. — Der italienische Ministerpräsident Bonomi führte aus, daß er mit Lloyd George einig geworden sei, daß bei der Unüberbrückbarkeit der Auffassungen die Frage an den Völkerbund überwiesen werden sollte. Falls der Rat nicht zum Obersten Räte gekommen sei, um sich der französischen oder der englischen Auffassung anzuschließen, sondern um genau zu prüfen, auf welcher Seite das Recht ist. In diesem Sinne seien die italienischen Sachverständigen nach sorgfältiger Prüfung der englischen Auffassung getreten. Wenn der Völkerbund entscheiden habe, sei auch Italien bereit, nach Oberschlesien Truppenverstärkungen zu entsenden. Darauf erklärte der japanische Delegierte, daß die zentralen

Industriegebiete Deutschland zuzusprechen seien. Indessen nehme er nicht Anstand, die Angelegenheit dem Völkerbunde zu überweisen. — Schließlich erklärte der amerikanische Delegierte, daß die Vereinigten Staaten von Anfang an der Ansicht gewesen seien, daß die obereschlesische Frage eine rein europäische Frage sei. Heute, wo diese Frage dem Völkerbunde überwiesen werde, dem Amerika nicht angehört, glaube er im Sinne seiner Regierung sagen zu können, daß die Vereinigten Staaten an dem Beschlusse sich nicht beteiligen werden.

Darauf schlug Ministerpräsident Briand vor, Deutschland und Polen durch den Obersten Rat zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu ermahnen, bis die Entscheidung gefallen sei. — Der Oberste Rat beschloß, daß die alliierten Kommissare sofort nach Doppelau zurückkehren sollten. Lloyd George drückte noch die Ansicht aus, daß sich die Kommissare unbedingt unparteiisch zu verhalten hätten.

Darauf trat der Oberste Rat in die Behandlung der Kriegsbeklagtenfrage ein.

Eine französische Auslegung des Beschlusses.

Paris, 12. August. Havas meldet inoffiziell: Der Oberste Rat hat entschieden, die obereschlesische Frage dem Völkerbundrat zur Begutachtung zu überweisen, indem er erklärt, daß er die Entscheidungen dieser Organisation zu den seinig machen werde. Man hat sich also offiziell auf einen Schiedsspruch geeinigt. Die alliierten juristischen Sachverständigen beschäftigen sich jetzt damit, eine Formel zu finden, die in Uebereinstimmung mit dem Völkerbundsstatut eine derartige Prozedur gestattet.

Aufforderung zur Einberufung des Völkerbundrates.

Paris, 12. August. Briand hat als Vorsitzender des Obersten Rates heute abend den geschäftsführenden Präsidenten des Völkerbundrates, Bicomte Jhili, von der einstimmig vom Obersten Rat gefaßten Entscheidung verständigt, die Ansicht des Völkerbundrates über den Verlauf der Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien einzuholen. Er bat gleichzeitig dringend, den Völkerbund einzuberufen. — Der Völkerbundrat setzt sich zur Zeit aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Symanus, Belgien, da Cunha-Brasilia, Koo-Ching, Quinones de Leon, Spanien, Hanotour, Frankreich als Vertreter von Leon Bourgeois, Fisher, Großbritannien, Orzini Baroni, Italien und Bicomte Jhili, Japan.

Der französische Ministerrat billigt die Haltung Briands.

Paris, 13. August. (TU.) Freitag abend um 6 1/2 Uhr fand im Elysee ein zweiter Ministerrat statt. Alle Minister waren zugegen. Der Kriegsminister Barthou, der telegraphisch nach Paris berufen worden war, wohnte dem Ministerrat bei. Briand berichtete über seine letzte Unterredung mit Lloyd George und dessen Abreise aus Paris, sowie über die Entscheidung des Obersten Rates, den Konflikt über Oberschlesien dem Rat des Völkerbundes zu unterbreiten. Der Ministerrat hat die Haltung Briands einstimmig gebilligt.

Sozialdemokratische Preßstimmen zur Verlegung.

Berlin, 13. August. (Eigene Drahtmeldung der S. V.) Zu den Vorgängen in Paris schreibt die Freiheit: Die neue Verlegung der Entscheidung über Oberschlesien schädigt auf schwerste nicht nur die Interessen der obereschlesischen Bevölkerung, sondern sie trägt auch neue Beunruhigung in die weltpolitische Lage hinein. Die deutsche Regierung hat bisher im allgemeinen mit Ruhe und Zurückhaltung die Auseinandersetzungen verfolgt; sie darf sich auch jetzt nicht etwa von nationalistischen Schreibern zu einer veränderten Stellungnahme drängen lassen und dem Gedanken Raum geben, als ob die Gelegenheit günstig sei, der Außenpolitik Deutschlands einen aggressiven, besonders gegen Frankreich gerichteten, Charakter zu geben. Wir haben keinen Anlaß, die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich auf der einen Seite und Deutschland und Polen auf der anderen Seite der obereschlesischen Frage wegen auf die Spitze zu treiben, oder gar darauf zu spekulieren, daß der Augenblick gekommen sei, um an die Stelle von Gründen der Vernunft solche der Drohung zu setzen. So nahe liegt für uns und die obereschlesische Bevölkerung die neue Verlegung ist, so bleibt unter den einmal gegebenen Verhältnissen doch nichts weiter übrig, als in Ruhe die Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Der Vorwärts schreibt: Wenn auch eine gewisse Vorrichtung zur Zeit angebracht erscheint, so darf man doch wohl annehmen, daß Lloyd George diesem Vorschlag nicht zugestimmt hätte, wenn er eine diplomatische Niederlage seines Landes befürchten würde. Auch läßt die Zusammensetzung des Völkerbundesrats darauf schließen, daß Frankreich außer vielleicht Belgien kaum jemand zu seinem Standpunkt bekehren dürfte. Vertreten ist Deutschland zwar ebenso wenig im Völkerbundrat wie im Obersten Rat, aber immerhin besitzt es die Möglichkeit, durch Denkschriften und dergleichen seine Existenz zu manifestieren, ebenso neue Tatsachen vorzubringen usw., eine Möglichkeit, die ihm während der Pariser Konferenz nicht geboten war. Durch den überraschenden Ausweg, den der Oberste Rat, um die Entente zu retten, gefunden hat, ist eine politisch klare, aber völkerrechtlich sehr verzwickte Lage ent-